



Klausurtagung des
Geschäftsführenden Vorstands

KLARHEIT IN
UNSICHEREN ZEITEN

Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Zugspitze und Murnau am Staffelsee,
1. bis 3. September 2022

Krieg in Europa, steigende Energiepreise, hohe Inflation, die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise: Wir leben in unsicheren Zeiten. Gerade jetzt braucht Deutschland eine entschlossene Bundesregierung. Doch statt Orientierung zu geben und Verantwortung zu übernehmen, stiftet die Ampel-Regierung mit Verzögerung, Verzögerungen und Dauerstreit weitere Unsicherheit und Unruhe in der Bevölkerung.

Bis heute hat die Bundesregierung kein Gesamtkonzept zur Reduzierung der Inflation entwickelt, und sie lässt die Bürgerinnen und Bürger mit steigenden Preisen bei Sprit, Strom, Wärme und Lebensmitteln im Regen stehen. Fast täglich werden unsortierte Entlastungsvorschläge in die Öffentlichkeit getragen und von den eigenen Koalitionspartnern wieder zerredet, statt am Kabinetttisch eine vernünftige Lösung für die Bürgerinnen und Bürger zu finden. Gleichzeitig hat die Bundesregierung bis heute keinen Plan für eine stabile, unabhängige und bezahlbare Energieversorgung und riskiert sehenden Auges eine Wirtschaftskrise mit dem ersten Handelsbilanzdefizit seit über 20 Jahren, steigenden Arbeitslosenzahlen und einer Rekordsteuerbelastung für Unternehmen weit über OECD-Durchschnitt.

Auch mit Blick auf den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bleibt die Bundesregierung notwendige Entscheidungen schuldig. Fest steht: Dieser Eroberungsfeldzug ist eine Zäsur für die gesamte europäische Sicherheits- und Friedensordnung. Der Bruch der Nachkriegsordnung wird auch Deutschland auf Jahre und Jahrzehnte beschäftigen. Die Hoffnung, dass der Bundeskanzler und die Bundesregierung eine echte „Zeitenwende“ einleiten, wurde indes enttäuscht. Der Verteidigungshaushalt wird im kommenden Jahr sinken. Unsere Unterstützung für die Ukraine ist weit unter dem möglichen Maß. Deutschland ist im Kreis der westlichen Partner zunehmend isoliert.

Der Deutsche Bundestag hat Ende April 2022 die Bundesregierung aufgefordert, einen Ausstiegsfahrplan aus russischer Energie vorzulegen. Dies ist bis heute nicht geschehen. Zudem plant die Bundesregierung zum Ende des Jahres 2022 eine nationale Ausweitung des europäischen Öl-Embargos auf durch Pipelines nach Deutschland transportiertes Öl. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung angekündigt, dass die ostdeutschen Raffinerien auf alternativen Transportwegen vollständig mit dem benötigten Öl versorgt werden, dass die ausreichende Versorgung Ost- und Mitteldeutschlands mit Treibstoff zu jedem Zeitpunkt gesichert ist und dass es eine Garantie für den Erhalt von Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Infrastruktur an den ostdeutschen Raffinerie-Standorten gibt. Wir erwarten, dass die Bundesregierung diese Zusagen einhält und deren Umsetzung zum Beginn des zusätzlichen nationalen Pipeline-Embargos nachweislich garantieren kann.

Deutschland braucht jetzt einen starken Plan mit Klarheit in unsicheren Zeiten und den richtigen Antworten auf die großen Herausforderungen der Energieversorgung, der Wirtschaft und der globalen Ordnung. Dafür stehen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

I. Klarheit für sichere und bezahlbare Energie

- **Gasumlage abschaffen.** Die von der Ampel eingeführte Gasbeschaffungsumlage belastet unverhältnismäßig private Haushalte und Unternehmen in einer finanziell ohnehin angespannten Lage. Der Bundeswirtschaftsminister behauptet, dass die Alternative zu dieser Umlage der „Zusammenbruch des deutschen Energiemarktes“ wäre. Die Wahrheit ist: Die Bürger würden mit dieser Umlage zu einem erheblichen Teil Mitnahmeeffekte bei Gasimporteuren finanzieren, die keineswegs von einem Zusammenbruch bedroht sind. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden deshalb im Deutschen Bundestag beantragen, dass die Gaspreisanpassungsverordnung unverzüglich aufgehoben und die Gasumlage nicht erhoben wird. Sie muss abgelöst werden durch eine gezielte Unterstützung derjenigen Energieversorger, die wirklich insolvenzbedroht sind. Zudem muss sichergestellt werden, dass die begünstigten Unternehmen das Geld zurückzahlen, wenn es ihnen in der Mittelfrist finanziell wieder besser geht. Für den größten Importeur russischen Gases kommt aus unserer Sicht ein staatlicher Schutzschirm in Frage.
- **Kernkraft nutzen.** Deutschland steht bei der Energieversorgung vor einer dramatischen Notsituation im Winter. Die Strompreise haben jetzt schon Rekordhöhen erreicht. Darunter leiden private Haushalte ebenso wie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wer, wie Bundeswirtschaftsminister Habeck, in so einer Lage den Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke ausschließt, riskiert die Versorgungssicherheit und immer weiter steigende Preise für private Haushalte und Betriebe. Die Bundesregierung muss jetzt handeln, statt weiter zu verzögern. Ein Weiterbetrieb der drei Kernkraftwerke ist technisch, rechtlich und personell möglich. Auch die Wiederinbetriebnahme der im letzten Jahr stillgelegten Atomkraftwerke muss geprüft und das Ergebnis nachvollziehbar offengelegt werden. Die Bundesregierung muss den Weg frei machen für die Bestellung der notwendigen Brennstäbe. Deutschland braucht ein Gesamtkonzept, wie die Energieversorgung in den nächsten Jahren gewährleistet werden kann.
- **Strompreis bremsen.** Die Strompreisbildung ist in eine Schieflage geraten. Aktuell wird der Strompreis durch den explodierenden Preis der Gasverstromung bestimmt. Wir müssen weg von einem Strompreis, der durch Putins Angriffskrieg bestimmt wird. Ein Strommarktdesign, das sich bei der Preisbildung an der teuersten erzeugten Kilowattstunde orientiert (Merit Order), wird durch kriegsbedingte Gaspreise verzerrt. Diese krisenbedingte Verzerrung muss dringend korrigiert werden. Wir wollen dafür die Gasverstromung aus der Strompreisbildung herauslösen. Das Prinzip heißt: Merit Order erhalten und Strompreistreiber Gas aus dem Preissystem entfernen oder den Großhandelspreis deckeln. Das hätte sofort eine

dämpfende Wirkung auf die Strompreisbildung und würde die Wirtschaft und besonders den Mittelstand entlasten.

- **Bürger und Unternehmen entlasten.** Die hohen Energie- und Lebensmittelpreise belasten Millionen von privaten Haushalten und Unternehmen in unserem Land. Die Gasumlage wird laut Berechnungen von Ökonomen diese Inflation noch weiter anheizen. In so einer Situation braucht es Entlastungen, die das Leben für die Mitte der Gesellschaft bezahlbar halten. Die Art und Weise, wie angesichts der aktuellen Lage Teile der Ampel derzeit Steuerentlastungen diskreditieren, ist respektlos. Wir wollen, dass der Teil des Einkommens, den die Bürger aufwenden müssen, um die gestiegenen Energiekosten zu tragen, nicht auch noch vom Staat besteuert wird. Wir wollen deshalb für die Einkommen unterhalb von 30.000/60.000 Euro (alleinstehend/verheiratet) einen Energieentlastungsbetrag (Freibetrag) bei der Einkommensteuer in Höhe von 3.000 Euro sowie zusätzlich 1.000 Euro für jedes Kind für die Jahre 2022 und 2023 pro Haushalt. Für Einkommen innerhalb dieser Gruppe, die von diesem Entlastungsbetrag steuerlich nicht profitieren können, muss eine der Nettoentlastung entsprechende Direktzahlung ermöglicht werden. Darüber hinaus wollen wir einen schnellen und vollständigen Abbau der kalten Progression. Der Staat darf nicht Inflationsgewinner sein. Wichtig bleibt außerdem die Entlastung von Berufspendlern – auch von solchen im ländlichen Raum, die nicht die Möglichkeit haben auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Daher sollte die Pendlerpauschale angehoben werden. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die Energiepauschale auch Rentnern und Studierenden zugutekommen zu lassen. Durch die Rekordenergiepreise droht eine Deindustrialisierung Deutschlands. Daher müssen Maßnahmen zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit ergriffen werden. Dazu gehört, zügig einen Industriestrompreis von vier Cent zu realisieren.
- **Bürger-Basispreis beim Gas einführen.** Wir wollen einen Gaspreis-Deckel einziehen, der die Grundversorgung mit Gas bezahlbar hält. Um gleichzeitig Energieeinsparungen weiter anzureizen, soll der Gaspreis-Deckel auf einen Grundbedarf pro Haushalt und Person festgelegt werden, der eine ausreichende Beheizung von Wohnraum und Versorgung mit Warmwasser ermöglicht.
- **Gasspeicher als kritische Infrastruktur.** Die rein privatwirtschaftliche Organisation der Gasspeicher hat dazu geführt, dass diese teilweise aus der Industrie heraus an russische Unternehmen weiterverkauft wurden. Das war ein Fehler. Gasspeicher sind Teil der kritischen Infrastruktur. Um Deutschland bei der Energieversorgung unabhängiger zu machen, müssen die Gasspeicher, die aktuell in russischer Beteiligung sind, in staatliche Verantwortung übernommen werden. Zudem ist künftig der Verkauf von Gasspeichern in Deutschland an ausländische Investoren zu untersagen.

- **Flüssiggas bereitstellen.** Offenbar ist der Katar-Deal geplatzt und damit ein zentraler Baustein der energiepolitischen Krisenpolitik der Bundesregierung. Auch Norwegen und Kanada haben der Bundesregierung eine Absage für kurzfristige Mehrlieferungen erteilt. Wir erwarten, dass die Bundesregierung jetzt schnell vollständige Transparenz schafft, welches Angebot der Staat Katar abgegeben hat, weshalb es für Deutschland nicht annehmbar war und warum es anderen Ländern, wie beispielsweise Italien, möglich ist, Energie-Abkommen mit Katar abzuschließen. Deutschland braucht jetzt eine Aufbauoffensive für LNG mit einer vereinfachten Genehmigung für Terminals im Norden, einer direkten Verbindung Süddeutschlands zu den LNG-Terminals beispielsweise in der Adria-Region. Der Hochlauf der nationalen und europäischen Wasserstoff-Infrastruktur muss unbürokratisch, unverzüglich und prioritär umgesetzt werden.
- **Abwrackprämie für Energiefresser einführen.** Über ein Viertel des Stromverbrauches in privaten Haushalten gehen auf den Gebrauch von Waschmaschine, Trockner und Kühlschrank zurück. Durch den Austausch von alten energieintensiven Haushaltsgroßgeräten gegen energieeffiziente Neugeräte sind somit hohe Energieeinsparungen möglich. Wir wollen deshalb eine Energieeinsparprämie von 100 Euro pro Neugerät einführen, wenn durch den Austausch 30 Prozent Energieeinsparung erzielt und das Altgerät sachgerecht entsorgt wird. Die Stromeinsparungen, die sich allein durch den Austausch von 3 Millionen Haushaltsgeräten erzielen lassen, sind so wirkungsvoll wie der Bau von mehr als 100 neuen Windrädern.
- **Ausbauoffensive für erneuerbare Energien.** Für mittel- bis langfristige, strukturelle Veränderungen unserer Energieversorgung brauchen wir auch den massiven Ausbau aller erneuerbaren Energien. Dass die Bundesregierung nun nach massivem Druck angekündigt hat, den Biogas-Deckel aufzuheben, ist ein richtiges Signal. Dieser Ankündigung müssen nun auch Taten folgen. Neben der Windenergie, der Photovoltaik und der Bioenergie gehört zu den Erneuerbaren Energien auch die Wasserkraft. Insbesondere zur klimaneutralen Wärmeversorgung der Zukunft kann die Geothermie einen großen Beitrag leisten. Hier gilt es, vorhandene Möglichkeiten auszuschöpfen und ambitionierte Ausbaupfade festzulegen. Deutschland darf in der gegenwärtigen Lage auf keine Option der Energieerzeugung verzichten.
- **Energiewende durch schnellere Verfahren beschleunigen.** Um Verfahren effektiv zu beschleunigen, benötigen wir für alle Energieformen klare Regeln zum Ausgleich mit dem Artenschutz. Diese Chance hat die Ampelregierung bei der Überarbeitung des Bundesnaturschutzgesetzes verpasst. Die einseitige Fokussierung auf die Windenergie greift zu kurz und wird der Herausforderung des Erneuerbaren-Ausbaus nicht gerecht. Zudem

dürfen der Landwirtschaft keine Flächen für den naturschutzrechtlichen Ausgleich entzogen werden, wenn durch den Bau, beispielsweise einer PV-Freiflächenanlage, mit keiner naturschutzrechtlichen Beeinträchtigung zu rechnen ist, sondern es bei Einhaltung bestimmter Kriterien sogar zu einer Aufwertung der Fläche kommt. Es braucht eine Digitalisierungsoffensive für die Energiewende, insbesondere um die Nutzung von Smart Grids und Smart Meter zur digitalen Steuerung des Netzes auszubauen.

- **Klimaschutz als globale Herausforderung begreifen.** Neben einer konsequenten Klimaschutzpolitik auf nationaler Ebene ist zur Eindämmung der Erderwärmung entscheidend, dass Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Wirtschaft von Anfang an klimafreundlich aufbauen. Wir setzen deshalb auf das Prinzip „think global, act global“. Um dem weltweiten Klimaschutz neuen Schub zu verleihen, müssen deshalb Klimainvestitionen in Entwicklungs- und Schwellenländer auf unternehmerische und nationale Klimabilanzen anrechenbar sein. Das bei der letzten Weltklimakonferenz in Glasgow erarbeitete Regelwerk muss daher schnellstmöglich umgesetzt werden.

II. Klarheit für neue Wirtschaftskraft

- **Deutschland wieder zum Exportweltmeister machen.** Deutschland verzeichnete im Mai erstmals seit 1991 wieder ein Handelsbilanzdefizit, die Arbeitslosenzahl steigt auf über 2,3 Millionen und im Bundeshaushalt vollzieht sich eine Zinsexplosion, die den staatlichen Handlungsspielraum massiv einschränkt. Deutschland ist nach acht Monaten Ampel auf dem besten Weg sich dorthin zu entwickeln, wo es nach sieben Jahren Rot-Grün war: zum kranken Mann Europas. Die Rekordinflation ist brandgefährlich – für die wirtschaftliche Entwicklung ebenso wie für den Zusammenhalt im Land. Daher muss die Bundesregierung endlich den Pfad einer Wachstums-, Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik einschlagen, der das Angebot an Waren und Dienstleistungen erhöht und so Preise stabilisiert. Wir müssen jetzt die Wachstumskräfte unseres Landes bündeln. Der Erhalt von gut bezahlten Arbeitsplätzen und der Erhalt der industriellen Basis unseres Wohlstands muss ab sofort Priorität haben.
- **Wettbewerbsfähige Unternehmensteuern umsetzen.** Deutschland ist Hochsteuerland mit einer Steuerbelastung für Unternehmen weit über dem OECD-Durchschnitt. Wenn wir diese Steuerbelastung nicht senken, droht Deutschland zurückzufallen im internationalen Wettbewerb. Dass sich unter den 100 wertvollsten Unternehmen der Welt kein einziges mehr aus Deutschland befindet, ist mehr als ein Warnsignal. Wir brauchen deshalb jetzt ein klares Aufbruchssignal für unsere Wirtschaft mit einer mutigen Unternehmensteuerreform. Wenn die Ampel den Unternehmen das

notwendige Geld für Innovation und Investition entzieht, wird es keinen neuen Wachstumsimpuls geben.

- **Lieferketten dauerhaft stabilisieren.** Unsere Wirtschaft in Deutschland bekommt die gravierenden Störungen der globalen Lieferketten mit aller Wucht zu spüren. Um die Resilienz der deutschen Wirtschaft zu stärken, müssen wir Schlüsseltechnologien und -produkte künftig vermehrt auch wieder in Europa produzieren. Deutschland muss für Innovationen, Investitionen und Produktionen wieder ein internationaler Spitzenstandort werden. Wir wollen neben der Chipproduktion weitere Schlüsseltechnologien im Rahmen europäischer Industriepolitik unterstützen. Zudem muss beim Aufbau und der Erweiterung von Produktionsschritten in Deutschland auf eine konsequente Digitalisierung und Automatisierung gesetzt werden, damit der Fachkräftemangel die Teuerungsrate nicht zusätzlich antreibt.
- **Neue internationale Freihandelsabkommen vorantreiben.** Deutschland ist Exportland, der Freihandel ist Garant für unseren Wohlstand. Als Exportnation setzen wir auf einen freien Welthandel mit fairen internationalen Wettbewerbsbedingungen statt auf Protektionismus und Abschottung. Außerdem unterstützen wir den Abschluss moderner europäischer Freihandelsabkommen, die gleichwertige ökologische und soziale Standards fördern. Um unabhängiger vom chinesischen Markt zu werden, müssen wir Handelsabkommen mit den Ländern intensivieren, die uns nahestehen. Dazu zählt zum Beispiel ein Freihandelsabkommen mit dem europäischsten Land außerhalb Europas, mit Kanada. Dass die Ampel nach monatelanger Blockadehaltung die Ratifikation von CETA deshalb endlich auf die Tagesordnung gesetzt hat, ist überfällig. Das entsprechende Gesetz muss jetzt schnellstmöglich beschlossen werden. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für einen Neustart in den Verhandlungen für ein transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA einzusetzen.
- **Zukunftsperspektive für einen sauberen Verbrenner schaffen.** Die Mobilitätspolitik ist unter der Ampel-Regierung auf einem historischen Tiefpunkt angekommen. In Brüssel hebt die Bundesregierung die Hand für das Verbot des Verbrennungsmotors und in Deutschland streicht sie die Förderung für Hybrid- und Elektrofahrzeuge zusammen. Wir wollen die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors erhalten und weiterentwickeln. Synthetische Kraftstoffe spielen dafür eine zentrale Rolle. Deshalb braucht es schnellstmöglich ein rechtlich bindendes Regelwerk aus Brüssel, damit ab 2035 auch Neufahrzeuge mit CO₂-neutralem Kraftstoff zugelassen werden können. Wir müssen jedes vorhandene Potential nutzen, um einerseits unsere Unabhängigkeit von autoritären Staaten wie

Russland zu verringern und um andererseits unsere Klimaschutzziele zu erreichen.

- **Innovationen anreizen.** Die Wirtschaftsstärke unseres Landes basiert auf der Innovationskraft unserer Unternehmen. Dass die Bundesregierung bei der Förderung von Innovationen aus dem Mittelstand erst einen Antragsstopp verhängt und das Programm dann nur eingeschränkt fortsetzt, ist ein klarer politischer Fehler. Wir stellen Innovationen und damit Wachstum in den Mittelpunkt unserer Politik. Dazu gehört, die Agentur für Sprunginnovationen (SPRIND) ressortunabhängig aufzustellen und zu einem Reallabor auszubauen, Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden online zu ermöglichen und Beteiligungen an Startups zukünftig erst dann zu besteuern, wenn aus den Beteiligungen Gewinne erzielt oder die Anteile veräußert werden.

III. Klarheit für eine stabile globale Ordnung

- **Friedenssicherung im Zentrum.** Oberstes Ziel unserer Politik ist und bleibt die Gewährleistung des Friedens in Freiheit. Frieden und Freiheit in Europa sind die Grundvoraussetzungen dafür, dass wir unser Leben führen können, wie wir es gewohnt sind. Nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist klar, dass Friedenssicherung neben ständigen diplomatischen Bemühungen auch militärischer Stärke und Wehrhaftigkeit bedarf. Deswegen ist für uns klar: Die nachhaltige Sicherung unserer Freiheit und des Friedens braucht eine solide und dauerhafte Finanzierung unserer Bundeswehr für die Modernisierung und materielle Vollausstattung unserer Truppe sowie das Schließen von Fähigkeitslücken und Investitionen in Zukunftsprojekte. Die Bundeswehr muss so schnell wie möglich zur stärksten konventionellen Streitkraft der europäischen NATO-Partner ausgebaut werden. Denn nur so kann Deutschland seiner Rolle und seinem Gewicht innerhalb des Bündnisses gerecht werden und die Erwartungen unserer Partner an uns erfüllen. Ein weiteres wichtiges Element zur Stärkung der globalen Ordnung ist die Wahrnehmung Deutschlands internationaler Verantwortung im zivilen Bereich durch angemessene und zielgerichtete Beiträge der Entwicklungszusammenarbeit und der Humanitären Hilfe. Damit unterstützt Deutschland die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele in Entwicklungsländern, die durch die Pandemie und Russlands Krieg gegen die Ukraine erhebliche Rückschläge erfahren haben. Militärische und zivile Verteidigung müssen dabei gemeinsam gedacht werden. Der Zivilschutz muss als unverzichtbarer Bestandteil der Gesamtverteidigungsstrategie ebenfalls gestärkt werden, damit die Resilienz unseres Landes erhöht und die Bundeswehr in Katastrophenszenarien entlastet wird.

- **Äußere Sicherheit und Bündnisfähigkeit Deutschlands in den Mittelpunkt.** Trotz des gemeinsam mit uns eingerichteten Sondervermögens von 100 Milliarden Euro zur besseren Ausrüstung der Bundeswehr – und entgegen der ausdrücklichen Ankündigung von Bundeskanzler Scholz – schafft es die Regierung in diesem Jahr nicht, die versprochenen mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2023 sieht sogar ein Absinken des Verteidigungsetats vor und schafft es auch mit Ausgaben aus dem Sondervermögen nicht, die 2 Prozent zu erreichen. Wir brauchen jetzt eine Beschleunigung der Planungs- und Beschaffungsprozesse, vor allem aber eine langfristige Erhöhung des Verteidigungshaushalts. Nur so wird der Bundeswehr eine verlässliche Planung und Beschaffung ermöglicht und nur so können auch nach dem Wegfall des Sondervermögens die notwendigen Investitionen in die Bundeswehr fortgesetzt und die bestehenden wie zukünftigen internationaler Bündnisverpflichtungen erfüllt werden. Der Bundeskanzler muss seinen Ankündigungen und unseren gemeinsamen Vereinbarungen endlich Taten folgen lassen.
- **Ukraine effektiv und schnell mit modernen Waffensystemen unterstützen.** Die Bundesregierung muss ihr Zögern, Zaudern und Bremsen bei der Unterstützung der Ukraine endlich beenden. Der Deutsche Bundestag hat in einem von breiter Mehrheit getragenen Beschluss am 28. April 2022 das entsprechende Mandat erteilt. Das Projekt „Ringtausch“ ist bisher kaum über Ankündigungen hinausgekommen und hat im Gegenteil zu Frust und Verbitterung bei unseren Verbündeten geführt. Die Bundesregierung muss jetzt darstellen, wie sie verlorenes Vertrauen bei den Verbündeten in Europa und der Welt wieder aufbauen will. Vor allem aber muss sie schweres Gerät der Bundeswehr, das kurz- und mittelfristig nicht dringend gebraucht wird, an die Ukraine liefern, endlich der Industrie die Erlaubnis erteilen, schweres Gerät aus ihrem Bestand exportieren zu können und vorausschauend die Neuproduktion von schwerem Gerät in Auftrag geben.
- **Modernen Flugabwehrschirm für Deutschland aufbauen.** Deutschland braucht einen modernen, vielschichtigen und maximal einsatzfähigen Raketenabwehrschirm. So wie es Israel gelungen ist, einen modernen, mehrschichtigen Abwehrschirm aufzubauen, um seine Bürgerinnen und Bürger wirksam gegen Raketen etwa der Hamas oder Hizbollah zu schützen, braucht auch Deutschland schnell eine effektive Ergänzung zum bestehenden Patriot-System.
- **Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika stärken und neu ausrichten.** Zu lange haben sich die linken Parteien der Ampelkoalition in gefälligem Pazifismus und populistischem Antiamerikanismus eingerich-

tet. Wir als Union hingegen wissen: Ohne die Unterstützung der USA würden wir nicht seit über 75 Jahren in Frieden und Freiheit leben. Die transatlantische Partnerschaft mit den USA ist einzigartig. Diese Partnerschaft muss mit einem neuen, institutionalisierten Dialog auf noch festere Beine gestellt werden. Über die Außen- und Sicherheitspolitik hinaus brauchen wir einen neuen Anlauf für ein ambitioniertes Handelsabkommen mit den USA. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine zeigt erneut die fundamentale Bedeutung des transatlantischen Bündnisses für unsere Sicherheit. Wir sind uns unserer Verantwortung für dieses Bündnis bewusst. Gemeinsam mit den USA wollen wir das Bündnis weiter stärken und insbesondere gemeinsam mit Frankreich und Polen und unseren neuen Partnern Schweden und Finnland den europäischen Pfeiler der NATO stabiler machen. In der Sicherheitspolitik wollen wir europäischer werden und transatlantisch bleiben.

- **Beziehungen zu China grundlegend überprüfen.** Die Ereignisse der letzten Monate machen klar: Deutschland und Europa dürfen sich nie wieder in strategische Abhängigkeit zu einem autoritären, unberechenbaren Regime begeben. Unsere zukünftigen Beziehungen zu China werden nicht von „Wandel durch Handel“, sondern durch strategischen Wettbewerb und einer wachsenden Systemrivalität geprägt sein. Die Bundesregierung muss diese Realität anerkennen und die Weichen für mehr strategische Autonomie gegenüber China stellen. Dazu müssen wir die Verflechtung unserer kritischen Infrastruktur und Schlüsseltechnologien überprüfen und dem Einfluss Chinas in Europa klare Grenzen setzen. In anderen Teilen der Welt müssen wir als EU und G7 attraktive Angebote unterbreiten, um Staaten, die unsere Werte teilen und die sich für den Schutz der regelbasierten Ordnung einsetzen, an uns zu binden und um Staaten, die unsere Werte noch nicht teilen, in unsere Richtung zu bewegen.